

Völkisch-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJsselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Hauptverlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 25

Samstag, den 26. Januar 1935

Jahrgang 1935

Der Jahrestag des deutsch-polnischen Vertrags.

Erklärungen des Führers über außen- und innenpolitische Fragen.

Eine Unterredung mit einem polnischen Journalisten.

DNB Berlin, 25. Januar.

Der Führer und Reichkanzler gewährte gestern dem Berliner Korrespondenten der „Gazeta Polska“, Warschau, Kazimierz Smogorzewski, folgende Unterredung:

Frage: Bei uns Polen wird nichts höher geschätzt als glühende, zu allen Opfern bereite Vaterlandsliebe. Dies erfüllt mich gerade deshalb mit so großer Bewunderung für Ihre erhabene Person, Herr Reichkanzler. In dem ich dieses zum Ausdruck bringe, stehe ich auch schon im Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen in Gegenwart und in Vergangenheit. Sie haben nämlich, Herr Reichkanzler, einen neuen tieferen patriotischen Geist erzeugt, der von der ersten bis zur letzten Seite „Mein Kampf“ durchdringt und der im deutschen Volkstum und seiner Gefühlswelt eine Wandlung hervorgerufen hat, die bei uns Polen Verständnis und Nachsympathie gefunden und so die Möglichkeit des deutsch-polnischen Ausgleiches geschaffen hat. Ist es gestattet, Herr Reichkanzler, im Hinblick auf Ihre früher geäußerte Ansicht anzunehmen, daß die nationalsozialistische Politik einen endgültigen Schritt unter die Polen-Politik früherer Zeiten macht? Ein Jahr ist es nun her, seitdem wir diese neue Linie in unseren gegenseitigen Beziehungen eingeschlagen haben. Würden Ereignisse mit Rücksicht auf das Datum des 26. Januar 1934, an dem die deutsch-polnische Erklärung unterzeichnet wurde, einige Worte über das deutsch-polnische Verhältnis meiner Zeitung gewähren?

Antwort: Die nationalsozialistische Politik beruht auf dem Gedankengut der nationalsozialistischen Idee. Die Rassenlehre der nationalsozialistischen Idee lehnt die sogenannte Entnationalisierung grundsätzlich ab. Sie steht in dieser gewaltigen Annexion fremden Volkstums weit mehr eine Schwächung des eigenen Volkstums als eine Stärkung. Die von uns eingeschlagene Politik der Respektierung der an unseren Grenzen lebenden fremden Völker entspricht daher in höchstem Maße dem Gedankengut unserer Bewegung und damit unserer innersten Überzeugung.

Wir gedenken nicht fortzusetzen, was frühere Jahrhunderte wir an Fehlern begangen haben. Ein Neubeginn unseres Volkes ist der Versuch der Neugestaltung der Beziehungen des deutschen Volkes zum polnischen.

Die praktische Erfahrung des letzten Jahrhunderts hat außerordentlich gezeigt, daß die wirklich wertvollsten Elemente ohnehin nicht oder doch nur sehr schwer und sehr langsam entnationalisiert werden können. Der Gewinn erstreckt sich fast nur auf die schwachen und damit zumeist minderwertigen Erscheinungen. Ihre Eroberung ist aber in keinem Fall als ein Nutzen anzuspüren, der in irgendeinem Verhältnis zu den damit verbundenen Gefahren und Leiden steht. Ich sehe daher einen gegenseitigen Nationalitätschutz als eines der erstrebenswerten Ziele einer überlegenen Staatsführung an. Es ist aber klar, daß eine solche Politik nur unter gegenseitigem Verstehen erfolgreich verwirklicht werden kann.

Frage: Wie verhält sich der nationalsozialistische Einheitsstaat zu Stammes- und Landesangelegenheiten? Erstrebt er Verwischung oder Stärkung derselben? Ist es richtig, daß Sie, Herr Reichkanzler, im Laufe dieses Jahres die Aufteilung der Länder in Reichsgaue vornehmen wollen?

Antwort: Der nationalsozialistische Staat ist ein Einheitsstaat in der Festhaltung und Festhaltung einer einzigen Souveränität, deren Träger das gesamte Volk ist. Er wird zu diesem Zweck alles beseitigen, was Menschen künstlich aufgerichtet haben, und alles respektieren, was von der Natur gegeben ist. Es ist daher nicht unsere Absicht, etwa die Eigenart der einzelnen Stämme unseres Volkstums künstlich oder gar gewaltsam zu vernichten oder etwa zu beseitigen. Sie sind die Bausteine unseres Volkes. Sie bedingen unser reiches kulturelles Eigenleben.

Umsonst aber werden wir jene Erscheinungen ausrotten, die in den traurigsten Zeiten dynastischen Eigenwunsches als trennende Momente innerhalb unseres Volkes aufgerichtet worden sind. Dabei wird sich als Endergebnis eine Gliederung des Reiches nach zweckmäßigen und allen Teilen unseres Volkes zugute kommenden Gesichtspunkten von selbst ergeben.

Die Nationalsozialistische Partei hat schon längst vor der Machtübernahme in ihrem eigenen inneren Aufbau eine solche moderne, unseren heutigen Bedürfnissen entsprechende Einteilung vorgenommen. Ihre modifizierte Übertragung auf die spätere staatliche Gliederung des Reiches wird mit den notwendigen Korrekturen im Laufe

der Zeit aus der lebendigen Entwicklung heraus von selbst stattfinden.

Frage: Ist die Frage der inneren Verfassung endgültig durch das Führerprinzip festgelegt? Wir Ausländer sehen und hören so oft von einem einheitlichen deutschen Orden, vom Verhältnis der Partei zum Staat. Was sollen wir unter dieser Bezeichnung verstehen? Wir werden vom Führer geleitet, zu einem klaren Verständnis dieser Verhältnisse zu gelangen, und in welchem Sinne ist der erste Punkt des nationalsozialistischen Programms, es sei nur ein „Zeitprogramm“, aufzufassen?

Antwort: Sie haben recht, das Führerprinzip ist schon heute in der gesamten Verfassung des Reiches so gut wie festgelegt.

Der Orden, von dem Sie sprechen, ist bereits vorhanden. Es ist dies die in 16jähriger Arbeit gebildete und gewachsene Nationalsozialistische Partei!

Sie ist an die Stelle der früheren parteimäßigen Zersplitterung getreten und beherbergt als Repräsentantin des deutschen Volkswillens und damit des Lebenswillens

der deutschen Nation das gesamte Deutsche Reich. Die Verwirklichung der Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung führt zu einer so reiflichen Einheit zwischen Partei und Staat, daß ihr Programm damit vereint als verwirklicht und in ihrer Verwirklichung als Kampfaufgabe damit als beendet angesehen werden kann.

Frage: In der Wirtschaftspolitik sind es nicht die Schwierigkeiten, die sich aus den gegenwärtigen Krisen ergeben, über die wir Fragen stellen möchten, vielmehr beschäftigt uns das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie im nationalsozialistischen Deutschland. Wie soll es sich künftig gestalten?

Antwort: Unsere Wirtschaftspolitik hat sich eine Reihe großer Aufgaben gestellt. Die zunächstliegenden Arbeiten aber werden bestimmt durch die von uns gestaffelte allgemeine Situation. Das heißt: Wir fanden über 6½ Millionen Erwerbslose, ein vor dem vollkommenen Ruin stehendes Bauerntum und einen der restlosen Zerstörung und Vernichtung ausgelieferten Mittelstand. Diese katastrophale Lage zwang uns die zu

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Eine Sonderspende zum Tag der nationalen Revolution.

Für 23 Millionen Mark Lebens-
mittel- und Kohlungutscheine.

DNB Berlin, 25. Januar.

Am Jahrestag der nationalen Revolution wird vom Winterhilfswerk eine große zusätzliche Spende im Wert von 23 Millionen Reichsmark verteilt werden. Es handelt sich dabei um 14 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je einer Mark und 9 Millionen Kohlungutscheine im Werte von je 1,50 Mark. Die Lebensmittelgutscheine werden in der Zeit vom 30. Januar bis 15. Februar 1935 in allen Lebensmittelgeschäften in Zahlung genommen.

Die Erhaltung des Gegenwertes an die Lebensmittelgeschäfte oder Großhandlungen erfolgt nach Abgabe der Gutscheine nach Abzug von 5 Prozent für das Winterhilfswerk bis spätestens 28. Februar 1935 bei allen Zahlstellen der in der Reichsgruppe 4 zusammengeschlossenen Kreditinstitute.

Die Gutscheine, die nach dem 15. Februar 1935 von den Bedürfnissen in Lebensmittelgeschäften vorgelegt werden, oder Scheine, die den Ausgabestempel des Winterhilfswerkes nicht tragen, dürfen nicht in Zahlung genommen werden. Die als Sonderausgabe zur Verteilung gelangenden Kohlungutscheine werden gemeinsam mit den gewöhnlichen Kohlungutscheinen Serie D verausgabt und sind genau so zu behandeln. Ihre Geltungsdauer erstreckt sich auf den Monat Februar 1935. (Siehe auch 2. Seite.)

Der amerikanische Dampfer „Mohawk“ gerammt und gesunken.

Wahrscheinlich 57 Tote.

Neuport, 25. Januar.

Der amerikanische 5896 Tonnendampfer „Mohawk“ ist mit dem norwegischen 4765 Tonnendampfer „Talisman“ vier Meilen von Sagitt (New Jersey) zusammengestoßen. Die „Mohawk“ war am Donnerstag nachmittag von Neuport nach Havanna und Mexiko abgegangen. Sie hat 160 Personen (53 Passagiere und 107 Mann Besatzung) an Bord.

Beide Dampfer haben zunächst nach dem Zusammenstoß SOS geschrien. Später teilte die „Talisman“ mit, daß ihre Besatzungen so geringfügig seien, daß sie keine Hilfe benötigten. Der Dampfer „Mohawk“ wurde jedoch beschädigt und drohte zu sinken. Daher entsand sich der Kapitän, das Schiff bei Sagitt auf Strand zu setzen. Fahrgäste und Besatzung wurden von der „Talisman“ und von anderen zu Hilfe herbeigeeilten Dampfern aufgenommen.

Funksprüche von mehreren an der Rettungsaktion beteiligten Schiffen besagen, daß von insgesamt 163 an Bord der „Mohawk“ befindlichen Personen bisher nur 118 festgestellt werden konnten. Man vermutet, daß sich noch einige weitere Gerettete an Bord von Küstenwachschiffen befinden. Ein Rettungsboot der „Mohawk“ gilt als verloren. Trotz der großen Kälte kamen in der Nacht etwa 8000 Personen in Kraftwagen an den Strand, um das Rettungswerk zu beobachten.

Nach den letzten Meldungen der Küstenwache ist die „Mohawk“ noch nicht gesunken. Das Schiff hat sich auf die Seite gelegt, und die Wassermassen strömen in das Innere. Die Ward-Linie teilt mit, daß über das Schicksal von 15 Fahrgästen und 42 Mitglie-

der unter ungünstigen Begleitumständen erfolgte

Brandkatastrophe noch in aller Erinnerung ist. Auch der Schauplatz dieser Schiffskatastrophe ist nur wenige Meilen von Asbury-Parc entfernt, wo seinerzeit die „Morro Castle“ auf Strand gesunken war.

Ueberlebende mit erfrorenen Händen und Ohren.

Neuport, 25. Januar.

Der Dampfer „Mohawk“ ist nunmehr nicht weit entfernt von der verbrannten „Morro Castle“ gesunken. Nach den Berichten von am Freitag hier eingetroffenen Ueberlebenden ist der Zusammenstoß noch völlig ungeklärt. Der Zusammenstoß erfolgte in einer klaren Nacht, er war so heftig, daß der Bug der „Mohawk“ vollkommen eingedrückt wurde. Man begann sofort mit der Aushebung der Rettungsboote. Da jedoch das ganze Deck mit einer dicken Eisschicht bedeckt war, glitten die Fahrgäste, die zu den Booten eilten, auf dem Deck aus und stürzten hin. Die „Mohawk“ legte sich so schnell auf die Seite, daß die Seite einiger Rettungsboote durchschnitten werden mußten, um schnell vom Schiff abzukommen. Als die „Mohawk“ unterging, befanden sich noch mindestens 40 Personen auf dem Deck. Einige von ihnen sprangen ins Meer. Die Rettungsboote trieben in der eigenen Kälte und bei schwerer See stundenlang umher, ehe sie von anderen Schiffen aufgenommen werden konnten. Welsch froren die Riemer der Rettungsboote in den Händen der Ruderer fest. Die Mehrzahl der Ueberlebenden ist in Neuport mit erfrorenen Händen und Ohren sowie sonstigen Verletzungen eingetroffen. Zur Zeit des Zusammenstoßes spielte ununterbrochen das Schiffsorchester. Die Ueberlebenden preisen außerordentlich den Heldennut der Besatzung und betonen, daß es an Bord der „Mohawk“ keine Panik gegeben habe.

Die Suche der Küstenwachschiffe und der Flugzeuge nach den vermißten Passagieren und Mitglie-

Tagesrundschau.

Die Weiter- führung der Reichsreform.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag verschiedene wichtige Gesetze veröffentlicht, von denen mehrere für den Neuaufbau des Reichs von großer Bedeutung sind. Es sind das das Gesetz zur Überleitung der Reichspflege auf das Reich, das Reichsstatthaltergesetz und die neue deutsche Gemeindeordnung. Das erste Gesetz kennt man bereits. Dadurch wird nach dem Übergang der Justizverwaltung der Länder auf das Reich die alleinige Justizhoheit des Reichs nunmehr auch haushaltsmäßig festgelegt. Die Befugnisse der Reichsstatthalter werden ebenso wie die Befugnisse der Reichsregierungen über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes und die Vertretung des Saarlandes im Reichstag dem 30. Januar, dem zweiten Jahrestage der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, vorbehalten worden. Steht doch dieser Tag gerade auch zur Reichsreform in besonderer Beziehung, nicht nur weil für sie erst durch die nationale Revolution der Weg durch Ausräumung partikularistischer Widerstände freigemacht worden ist, sondern auch weil es dann gerade ein Jahr her ist, daß der Reichstag unter Zustimmung des damals noch bestehenden Reichsrats einstimmig das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs beschloß. Durch dieses Gesetz wurden die Volksvertretungen der Länder aufgehoben, die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen, die Landesregierungen der Reichsregierungen und die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern unterstellt. Auf Grund dieses Gesetzes, das auch der Reichsregierung das Recht einräumte, neues Verfassungsrecht zu setzen, ist dann im Verlauf des Jahres Dunder auf Quader zum Neuaufbau des deutschen Hauses Gesetz worden. Ein solch wichtiger Stein ist auch das neueste Reichsstatthaltergesetz, durch das die Stellung der Reichsstatthalter, die zuletzt Wirtschaftsorgane zwischen dem Reichsinnenminister und den Landesregierungen waren, dahin verändert wird, daß sie nach der Befestigung der Länderhoheit die Landesregierungen selber übernehmen und allem Anschein nach den Rang und die Befugnisse der preußischen Oberpräsidenten erhalten sollen. Um ein endgültiges Urteil abzugeben, muß man natürlich noch mehr von dem Reichsstatthaltergesetz kennen, als bisher mitgeteilt worden ist. Aber man spürt doch schon aus der gestern veröffentlichten amtlichen Meldung über die Kabinettsbildung, daß die Anpassung der Stellung der Reichsstatthalter an diejenige der preußischen Oberpräsidenten in wesentlichem Zusammenhang mit der früheren Mitteilung des Reichsinnenministers Dr. Frick über die fünfstufige Einteilung des Reichsgebietes in zwanzig Gaue steht. Der neue deutsche Verwaltungsaufbau wird damit sichtbar. In ihn werden die Reichsstatthalter ebenso eingegliedert wie die Oberpräsidenten, die Spitze aber bildet das Reichsministerium des Innern. Der Aufbau des einheitlichen Reichs erfordert natürlich auch eine für das ganze Reich geltende Gemeindeordnung. Sie soll sich auf die gegenwärtigen Grundzüge des bisherigen Landesrechts gründen. Versehen wir diesen Sach richtig, so heißt das, daß die Gemeindeordnung den überkommenen landständischen Besonderheiten Rechnung trägt und nicht etwa radikal alles in Nord und Süd, in Ost und West über einen Kasten schlägt, daß aber anstelle von Landesrecht, vermutlich unter gewissen Angleichungen, Reichsrecht gesetzt wird, wobei überall die weitgehende Mitwirkung der Partei in der Gemeindeverwaltung, wie wir das ja schon kennen, vorgegeben ist. Ob sich unsere Auslegung der kurzen amtlichen Mitteilung bestätigt, wird man natürlich erst feststellen können, wenn die Gemeindeordnung vorliegt. Durch die Veröffentlichung des Reichsstatthaltergesetzes und der deutschen Gemeindeordnung am 30. Januar wird diesem Tage, der im übrigen durch eine zusätzliche 23 Millionen-Spende des Winterhilfswerkes wie im Vorjahre im Zeichen einer großen sozialen Tat stehen wird, auch in diesem Jahre wiederum eine für die deutsche Zukunft besondere Bedeutung gegeben. Ob auch wieder wie 1934 eine Reichstagsführung stattfinden wird, ist noch nicht bekannt. Im vorigen Jahre hielt bekanntlich der Führer vor dem Reichstag nach der oben erwähnten Annahme des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs eine zweistündige Rede, in der er ausführlich alle Fragen der Innen- und Außenpolitik behandelte.

Die Zinsenkung. Durch das am Donnerstag im Reichskabinett verabschiedete Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten wird eine grundlegende Richtungsänderung des gesamten Kapitalmarktes herbeigeführt. Sämtliche Hypotheken-Institute und ähnliche Banken erhalten durch dieses Gesetz das Recht, den Inhabern ihrer Prozentigen Pfandbriefe einen Umtausch in Prozentige Emissionen mit Wirkung ab 1. April dieses Jahres anzubieten. Die Prozentigen Pfandbriefe, das ist der Sinn des Gesetzes, sollen verschwinden, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Markt für die Zinsenkung reif ist, auf die die deutsche Wirtschaft und die deutschen Schuldner seit Jahren warten. Die Brüningsche Notverordnung vom 8. Dezember 1931 führte zwar auch eine Senkung der Zinssätze durch, und zwar auf 6 Prozent, aber eine Stärkung des allgemeinen Ver-

trauens hatte sie selber nicht zur Folge, ja das Gegen- teil trat ein, da die Notverordnung sehr stark in private Vertragsrechte eingriff. Das neue Zins- senkungsge- setz dagegen achtet diese Vertragsrechte. Es zwingt nicht zum Umtausch der Pfandbriefe, sondern läßt den gültigen Protest gegen den Umtausch unter Beachtung gewisser Formen zu. Man weiß ja, daß es nicht wenige „kleine Leute“, Sparer gibt, die des höhe- ren Zinses wegen Pfandbriefe erworben haben, die mit diesen Pfandbriefen nicht spekulieren, für die aber der höhere Zinsbetrag nicht geringe wirtschaftliche Bedeu- tung als Sicherung ihres Lebensunterhalts hat. Sie haben die Möglichkeit, sich ihre Eigentumsrechte zu sichern. Doch nimmt man an, daß von diesem Rechte nur wenig Gebrauch gemacht wird. Jedenfalls werden diese Pfandbriefe nicht mehr beilehungs- und verpfän- dungsfähig sein, während die Beilehungs- und Verpfän- dungsfähigkeit beim Umtausch erhalten bleibt, mit dem auch die Vorauszahlung eines einkom- mensteuerfreien Bonus von zwei Prozent an die Be- sitzer der Pfandbriefe verbunden ist. Man rechnet damit, daß die Umtauschaktion sehr schnell von staten gehen wird, zumal nach dem zu erwartenden Umtausch- ansehung der deutschen Hypothekendarlehen an die Pfand- briefbesitzer für den Protest nur eine Frist von zehn Tagen vorgesehen ist. Der Umtausch, der von Steuern und Abgaben frei ist, wird Werte von insgesamt acht Milliarden Mark betreffen, so daß die deutsche Wirt- schaft eine jährliche Zinsentlastung um rund 120 Mil- lionen Mark erfahren wird. Die Ersparnis, die die Hypothekendarlehen durch die Senkung ihrer Pfandbrief- zinsen erfahren, wird voll ihren Schuldner zugute kommen. Damit und durch die gleichzeitig ab 1. April einsetzende Ermäßigung der Hauszinssteuer wird zwei- fellos die angespannte Lage des Haus- und Grund- besitzes eine spürbare Erleichterung erfahren. Wir sind überzeugt, daß auch die übrigen Auswirkungen der Zins- senkung, von denen Dr. Schacht gestern abend im Rund- funkt gesprochen hat, in jeder Hinsicht begründet sind. Be- trifft die Zinskonversion zunächst nur die Pfandbriefe, so steht doch zu erwarten, daß diesem Beginn einer organi-

schen Zinsenkung, deren Erfolg zweifellos ist, wei- tere Konversionen folgen werden, daß also z. B. der Weg für die Konversion noch hoch verzinslicher Stadt- anleihen frei und daß die weitere Ausföderung des Kapitalmarktes nicht ausbleiben wird.

★

Ein Jahr deutsch-polnischer Vertrag.

Am 28. Januar vorigen Jahres gaben die deutsche und die polnische Regierung gemeinsam bekannt, daß sie den Zeitpunkt für gelommen hielten, „um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutsch- land und Polen einzuleiten.“ Die beiden Staaten ver- sprachen einander, in friedlichem Verstehen von Volk zu Volk den Problemen die Schwierigkeit zu nehmen und in gegenseitigem Kontakt Faktor des Friedens in Europa zu sein. Der deutsch-polnische Vertrag, der die Lebensbedingungen zweier Völker auf breiter Grund- lage regelte, hat damals erhebliches internationales Auf- sehen erregt und nicht wenige skeptische Meinungen her- vorgerufen. Wir aber können sagen, er hat uns in seinen Auswirkungen nicht enttäuscht, ja er hat sich stärker ausgewirkt, als man annehmen konnte. Eine weitgehende Annäherung der beiden Völker ist seitdem vor sich gegangen. Sind auch hier und da noch kleine Reibungen und Mißverständnisse aufgetaucht, so ist doch die Trennungsmauer, soweit sie zwischen den bei- den Völkern bestand, abgetragen worden. Dadurch ist auch eine außenpolitische Veruhigung eingetreten. Ferner ist der deutsch-polnische Konflikt beendet und eine kulturelle Fühlungnahme eingeleitet worden. Möglich geworden ist dieses Verlassen der früheren Linie ohne Frage nur dadurch, daß in Deutschland wie in Polen autoritäre Regierungen sieden, die unabhängig von In- teressengruppen, aktionsfähig sind. Ihren Führern fällt hier wie dort der größte Anteil an dem Vertrags- wert zu, von dem wir zuversichtlich hoffen, daß es sich auch weiter im steigenden Maße bewähren wird. #

Dr. Schacht über die Zins- senkungsaktion.

Ihre Begründung und ihre Auswirkungen.

DNB Berlin, 26. Januar.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach heute abend im Rundfunk über die Zinsenkungsaktion.

Die jetzt eingeleitete Aktion, sagte er u. a., ist ein wohlüberlegter Bestandteil nationalsozialistischer Politik. Diese Politik geht aus von der Vermeidung aller gewalttätigen Eingriffe. Im Gegensatz zu den willkürlichen Eingriffen der Weimarer Republik und Finanzpolitik sind alle finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung auf eine natürliche Besserung der Wirtschaftslage und damit des Kapitalmarktes abgestellt. Die hohen Zinssätze konnten nicht durch zwangsweise Eingriffe und durch eine Zerstörung des Vertrauens be- seitigt werden. Heute sind wir soweit, daß sie ohne Störung dieses Vertrauens abgebaut werden können, ja, daß ihr Abbau zu einer Stärkung des Ver- trauens führen muß.

Zur Herbeiführung dieser organischen Besserung des Kapitalmarktes ist, fuhr der Reichsbankpräsident fort, eine ganze Reihe von Maßnahmen im Laufe der letzten zwei Jahre getroffen worden. Wir haben zuerst durch die Einlegung einer Kommission zur Überwachung des Kapitalmarktes verhindert, daß jeder Beliebige für seine Wertpapieremissionen den Kapital- markt in Anspruch nehmen und die anfallenden Erspar- nisse für seine Sonderzwecke abschöpfen kann. Wir haben dann die Reichsbank durch Gesetz in den Stand gesetzt, für die Pflege des Kursniveaus an den Börsen Wert- papiere in größerem Umfang als früher zu beilehen und solche auch für eigene Rechnung zu kaufen, mit dem Er- folg, daß die Liquidität der Banken gestärkt und der Kapitalmarkt gestützt wurde. Dr. Schacht erinnerte wei- ter an die Gemeindefinanzhilfe, die rund 3 Milliarden Mark umfaßt, an die erfolgreiche Umwandlung der prozentigen Reichsanleihe und der sogenannten Neu- beissanleihe in eine 4prozentige Anleihe, ferner an die Reform der Börsenorganisation, an das umfassende Ge- setz über die allgemeine Regelung des Kreditwesens und schließlich an das sogenannte Anleihegesetz.

Dr. Schacht erklärte weiter: Nachdem wir durch alle diese Maßnahmen, die niemals den Besitz und die Er- werbskraft des einzelnen angestraft haben, den Ka- pitalmarkt einer Gesundung entgegenge- führt haben, reißt jetzt als erste große Frucht die Möglichkeit einer Herabsetzung des Zinsfußes in dem Umfang, den ich vorhin genannt habe. Sie leben in all- diesem, meine deutschen Volksgenossen, eine folgerichtige Politik, die durch eine folgerichtige Entwicklung gerech- tigt worden ist.

Die Entwicklung des Kursniveaus der verschiedenen Renten an der Börse hat schon seit Wochen gezeigt, daß der Wertpapiermarkt sich auf eine ge- rade Senkung des Zinsfußes eingestellt hatte. In den letzten Monaten ist das Kursniveau der festverzins- lichen Papiere an den deutschen Börsen um rund 10 v. H. des Nominalwertes gestiegen und ein großer Teil der bisher prozentigen festverzinslichen Papiere ist an den Kurs von 100 nahe herangerückt, während gleichzeitig die mit 4 v. H. verzinslichen Papiere einen Kursstand erreicht haben, der nur wenige Prozent unter dem Kurs- stand der prozentigen Papiere liegt. Das Konversions- ansehung, das heute den Inhabern der prozentigen Pfandbriefe gemacht wird, hat dieser Tatsache Rechnung getragen dadurch, daß der Unterschied im Kurs zwischen den prozentigen und den 4prozentigen Pa- pieren durch die bare Auszahlung einer Ver- gütung von 2 v. H. an alle Umtauschenden ausgeglichen wird.

Diese Vergütung braucht bei der Einkommensteuer nicht versteuert zu werden. Argendwile Erklärung des Einkommensteuergesetzes mit dem Umtausch oder sonstige For- malität ist nicht erforderlich. Nur wer nicht ein- verstanden sein sollte mit dem Umtausch, muß dies erklären, und es ist selbstverständlich, daß derjenige, der nicht umtauscht, gewisse Formalitäten zu erfüllen hat. Im Gesetz selbst ist vorgesehen, daß die Gültigkeit der Pfandbriefe gegen den Umtausch an- gemeldet wird, der betreffenden Pfandbriefbesitzer oder Kreditinstitut einzuweisen sind, daß für diese Gültigkeit der Pfandbriefe ein Vermerk in das öffentliche Ein- tragsbuch der Pfandbriefbesitzer eingetragen wird. Ich habe aber gar keinen Zweifel darüber und habe das tiefste Vertrauen, daß diese Aktion eine Zinsenkungsaktion in ihren günstigen Auswirkun- gen für die gesamte Volkswirtschaft und damit auch für den Pfandbriefbesitzer von allen verstanden und freudig mitgemacht wird.

Wir wünschen die deutsche Volkswirtschaft von den schweren Fesseln zu befreien, die aus einem zu hohen Zinsfuß für jeden Wirtschaftenden und damit auch für jeden Sparer täglich erwachsen. In einem leben- sfähigen Haus- und Grundbesitz liegt ein Quell dauernder Arbeitsbeschaffung. Die Mehrzahl aller Hausbesitzer wird durch die einleitende Senkung der Hy- pothekenzinsen in die Lage versetzt, regelmäßig als bis- her die notwendigen Verbesserungen und Erneuerungen ausführen zu lassen. Der gewerbliche Mittel- stand wird durch diese Maßnahmen eine besonders fröhliche Förderung erfahren, die auf die breitesten Massen der Arbeitenden ausstrahlen wird. Auch die Entlastung der Gemeindehaushalte, die aus der Aktion folgt, wird zur weiteren Sanierung der kom- munalen Finanzen und zur Durchführung bisher zurück- gestellter Aufgaben beitragen. Die bisher nur vorüber- gehend geregelte Beihilfe zur Synthesenentlastung der deutschen Landwirtschaft erhöht durch das neue Gesetz einen dauernden Charakter, das heißt Geldmittel frei, die an anderer Stelle der Wirtschaft nützlich eingesetzt werden können.

So wird das neue Gesetz einen Markstein bilden in der weiteren Aufwärtsentwicklung der deutschen Volks- wirtschaft. Niemand darf sich der Mitwir- kung und Mithilfe an diesem großen Werk entziehen, auf daß der Arbeit unseres Führers ein lückenloser Erfolg beschieden werde, die Wohlfahrt des Deutschen Reiches für alle Zeiten sicherzustellen.

Dr. Goebbels zum 30. Januar.

DNB Berlin, 26. Januar.

Reichsminister Dr. Goebbels erklärt folgende Be- kanntmachung:

Auch in diesem Jahre werden, wie im vergangenen, am 30. Januar, dem zweiten Jahrestage des Durch- bruchs der nationalsozialistischen Revolution, feier- liche Feiern abgehalten werden. Das deutsche Volk begeht diesen Tag, der in die schwerste Zeit des Winters fällt, vielmehr dadurch, daß es ihn wieder zu einer besonderen Hilsaktion für seine notleidenden und zum Teil noch nicht in Arbeit befindlichen Volksgenossen gestaltet. Entsprechend der heute noch vorhandenen Zahl von Be- dürftigen und durch das Winterhilfswert betreuten Volksgenossen gelangen am 30. Januar dieses Jahres im ganzen Spenden im Werte von 23 Millionen Mark zu- fällig zur normalen Leistung des Winterhilfswertes zur Verteilung. Das Winterhilfswert wird die Ausführungs- bestimmungen zu dieser Hilsaktion bekanntgeben.

Indem so am 30. Januar eine einzigartige soziale Würde verleiht wird, eht der neue Staat sein nationales Aufbauprogramm und damit sich selbst und jeden einzelnen Deutschen. Im Ge-

180 Todesopfer der Kälte in Amerika.

Die furchtbarste Kältewelle seit 47 Jahren.

§ New York, 25. Januar.

Die Zahl der Todesopfer, die die Vereinigten Staaten heimtuchenden Schneesturmes hat sich auf 180 erhöht. In dieser Zahl sind die 25 bei der Über- schwemmungstafel in der Nähe von Mississippi ums Leben gekommenen Personen mit einbezogen.

Die furchtbarste Kältewelle, unter der die Vereinigten Staaten seit 47 Jahren zu leiden hatten, ist jetzt in den atlantischen Staaten im Abflauen begriffen. Die Schneefälle sind weiter nörd- lich gezogen.

In Ontario wurde heute die tiefste Temperatur mit 58 Grad Celsius unter Null gemessen. Die Leiden der Bewohner im Mississippigebiet werden flüch- tlinghaft. In einem Gebiet von 5000 Quadratkilometern sind mehrere Dörfer durch Überflutung un- terschwommen, das teils mit einer dicken Eisschicht überzogen ist, von der Außenwelt abgeschnitten.

Von den Ortsbehörden der kleinen Stadt Sedg- am Mississippi sind Truppen angefordert worden,

anken an unsere noch notleidenden Volksgenossen aber bekräftigen wir in uns allen für jede Zukunft den Ent- schluß, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis die große Parole des nationalsozialistischen Kampfes für jeden Deutschen Wirklichkeit geworden ist: „Freiheit und Brot!“

Betriebsappelle am 30. Januar.

§ Berlin, 25. Januar.

Die Deutsche Arbeitsfront hat für den 30. Januar, den Jahrestag der Machübernahme, im Inter- esse der weiteren Verbreitung des Gedankens regelmäßiger

Die Erklärungen des Führers über innen- und außenpolitische Fragen.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

treffenden Abwehrmaßnahmen auf. Wir können schon heute mit Stolz den Erfolg unserer Aktion feststellen.

Alle Ziffern unseres wirtschaftlichen Lebens sind in günstiger Entwicklung und Steigerung begriffen. Das Entscheidende aber war: Es ist uns gelungen, die natürliche Tatkraft, Entschluß- und Arbeits- freudigkeit unseres Volkes in der glücklichsten Weise zu beleben.

Die private Initiative, die wesentlich für jede erfolg- reiche Wirtschaftspolitik ist, haben wir der lähmenden Fesseln des früheren Regimes entledigt, durch eine neue großzügige Ordnung der Landwirtschaft sowohl als die Industrie wieder lebensfähig gestaltet, Millionen Ar- beitern einen Arbeitsplatz gesichert, vor allem aber da- mit dem Staate zuverlässige Stützen seiner nationalen Existenz gegeben. Unsere künftige Arbeit wird eine Fortsetzung der geleisteten sein.

Frage: In der auswärtigen Politik ist die öffentliche Meinung auf Deutschlands Stellungnahme zu den verschiedenen Vorkurslagen gerichtet. Wäre es vorzeitig, diese Frage zu stellen?

Antwort: Sie werden verstehen, daß ich über die verschiedenen Vorkurslagen heute am so weniger öffent- lich etwas sagen darf, als ihre Diskussion zum Teil überhaupt erst begonnen hat. Nur das eine muß ich immer wiederholen:

1. Deutschland will mit allen seinen Nachbarn in Frieden leben. Und es ist bereit, alles hierzu Notwendige großzügig zuzugestehen.

2. Deutschland wird niemals mehr Verzicht leisten auf seine Gleichberechtigung.

3. Wir können unter einer internationalen Zusam- menarbeit nicht verstehen die Übernahme undurchsich- tiger Verpflichtungen mit Konsequenzen, die am Ende ohne Berücksichtigung der nationalen deutschen Interessen uns dorthin führen können, wo wir aus eigenem freien Willen nicht hinkommen wollen, nämlich zu einem Krieg.

Frage: Wie müssen wir uns gegenüber dem immer wiederkehrenden Gerücht, Deutschland trete dem Völk- bund wieder bei, verhalten?

Antwort: Wir sind wegen Nichtbeachtung der uns zuteilwerden und ausgeführten Gleichberechtigung aus dem Völkerbund ausgeschlossen.

Wir geben nicht, etwa in Zukunft noch einmal im Völkerbund um unsere Gleichberechtigung zu feil- baten, sondern wir sind entschlossen, in seinen Bund eher zurückzutreten, als wir nicht gleichberechtigt sind.

Dies ist, wie ich schon einmal betonte, keine „Be- bindung“, sondern eine Selbstverständlichkeit. Daß das frühere Regime in Deutschland dafür kein Ver- ständnis zeigte, hatte es sehr schwer zu büßen. Es wurde von der Nation restlos beseitigt. Es ist aber natu- zu glauben, daß ich oder wir dumme genug seien, gerade den Fehler wieder zu machen, der unseren Vorgängern neben vielen anderen aber doch hauptsächlich mit dem Genid ge- brochen hat!

Frage: Dürfte ich mir erlauben, noch eine Frage zu stellen, die mich als Schriftsteller immer ganz besonders beschäftigt hat, nämlich von den großen Geistern der Vergangenheit einen ausnahmslos ausstrahlenden Ein- fluß in intellektueller Hinsicht auf die Gegenwart aus- geübt hat? Ich gestatte mir zum Schluß, Ihnen, Herr Reichsminister, noch meinen ergebensten Dank auszusprechen für den heutigen Empfang, der für mich stets in Erinne- rung bleiben wird.

Antwort: Es ist sehr schwer, die Zahl jener Geister aufzuzählen, die zu jeder großen Idee schon in der Ver- gangenheit befruchtende Beiträge geleistet hatten. Unser ganzes Anschauungs- und Denkvermögen ist ein Teil aus den Resultaten geistiger Arbeit der Vergangen- heit und zu einem kleinen Teil auf Grund eigener Er- kenntnisse.

Das Entscheidende aber ist nur, das einem von den großen Geistern früherer Zeiten über-

Betriebsappelle eine große Aktion vorbereitet: an diesem Tag werden im ganzen Reich in allen Be- trieben Betriebsappelle durchgeführt. Der 30. Januar ist gewählt worden, weil der Jahrestag der Machübernahme durch Adolf Hitler besonders ge- eignet für ein solches großes gemeinsames Bekenntnis des schaffenden Volkes ist. Der von der Deutschen Ar- beitsfront angelegte Appell wird einheitlich unter den Gedanken gestellt: Was bedeutet der 30. Ja- nuar für den schaffenden deutschen Men- schen? Gleichzeitig soll erndend des Saararbeiters ge- dacht werden, der am 13. Januar erneut bewiesen hat, daß der ärmste Sohn des Volkes immer auch der treueste ist.

Diefer Gedankengut vernünftig und zweckmäßig zu ordnen und die sich daraus ergebenden logischen Konsequenzen zu ziehen. Denn was nützen alle Erkenntnisse, wenn man nicht den Mut besitzt, sich ihrer auch zu bedienen? Und wir aus einer Unsumme geistiger und wissenschaftlicher Ideen und Erkenntnisse die praktischen politischen Folgerungen ziehen, haben wir die vollkommenster gewordenen Trägheit über- wunden und unserem nationalen Leben damit einen neuen und, wie ich überzeugt bin, entscheidenden Aufschwung ge- geben.

Im übrigen freut es mich, nunmehr nach einem Jahre neugestalteter deutsch-polnischer Beziehungen auf das Fruchtbare dieser Entwicklung zurückblicken und hinweisen zu dürfen. Es ist uns gelungen, eine der geschäftlich bedeutsamsten Korrekturen rechtzeitig durchgeführt zu haben.

Nämlich eine Korrektur des Irrtums, als ob zwischen den beiden Völkern eine Feindschaft als eine Art Er- bmasse stets vorhanden gewesen wäre und damit für alle Zukunft vorhanden sein müßte. Ich glaube im Gegenteil, daß trotz all der schweren, das zwischen den beiden Völ- kern liegt, sie im Interesse der gemeinsamen Erhaltung gerade der europäischen Kultur zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Das nationalsozialistische Regime in Deutschland wird nichts unterlassen, was geeignet sein kann, diese Zusam- menarbeit zu fördern und langsam in eine fortwährende Freundschaft zu verwandeln. Der heutige Tag gibt mir die Berechtigung, mehr denn je an die Verwirklichung eines solchen Wunsches zu glauben.

Besuch eines englischen Politikers beim Führer.

§ London, 25. Januar.

Wie Reuter aus Berlin berichtet, hatte Lord Allen Hurwood in Berlin Besprechungen mit dem Führer und Reichsführer Hitler, mit dem Ministerpräsidenten Göring und anderen führenden politischen Persönlichkeiten. Lord Allen Hurwood ist der Organisator der nationalen britischen Arbeiterpartei und steht in engen persönlichen Beziehungen zu MacDonald. Sein besonderes Interesse gilt Fragen der internationalen Politik. Wahrscheinlich sind in seinen Berliner Be- sprechungen die Stellung Deutschlands zur Abrüstungsfrage und die allgemeine europäische Lage zur Behandlung gekommen. Im Augenblick liegt kein Anlaß vor zu vermuten, daß der Reife Hurwoods auf dem Kontinent eine andere als eine nichtoffizielle Bedeutung zukommt.

Ein deutscher Emigrant in Prag erschossen.

DNB Prag, 25. Januar.

Nach einer Meldung des Pressebüros Prag ist in der Nacht zum 24. Januar in einem Hotel bei Příbram der deutsche Emigrant Rudolf Worms aus Stuttgart erschossen worden. Als mutmaßlicher Täter werden drei Reichsdeutsche genannt, ohne daß jedoch eine nähere Begründung für diese Vermutung angeführt wird. Man wird deshalb die weiteren Ermittlungen abwarten müssen.

Spanischer Journalist aus Deutschland ausgewiesen.

DNB Berlin, 25. Januar.

Der Berliner Reichsleiter der spani- schen Tageszeitung „El Debate“, Antonio Bernu- dez Canete, ist wegen monatelang betriebener ver- leumdender und böswilliger Berichterstattung aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen worden. Zur Regelung seiner privaten und beruflichen Angelegen- heiten ist ihm eine Frist von acht Tagen zugestanden worden. („El Debate“ ist das Madrider Organ der katholischen Volksaktion Gil Robles.)

Fernost-Konflikt nur lokale Bedeutung.

DNB Tokio, 25. Januar.

Das Auswärtige Amt hat an die Vertretungen im Ausland Mitteilungen über die Vorgänge an der mon- golischen Grenze gesandt. Darin heißt es, die Vorfälle hätten lokale Bedeutung und würden nach dem Rückzug der chinesischen Truppen er- lebig. Der Ministerpräsident hat dem Kaiser und dem Kabinett in diesem Sinne berichtet.

Kältewelle an der Adria.

DNB Belgrad, 25. Jan.

Wie die „Politika“ berichtet, hat die Kältewelle nun- mehr auch die an der Adria gelegenen Teile der Balkan- halbinsel erreicht. In Montenegro sank das Thermometer in der vorletzten Nacht auf minus 25 Grad. Der Skutari-See ist gänzlich zugefroren, ein Ereignis, das seit Menschengedenken nicht mehr zu ver- zeichnen war.

Zu der Nachricht über die Auflösung des Kriegsver- eins „Einiges Leben“ (Weißberg-Bezeichnung) wird von der Pressestelle des Reichswehrbundes mitgeteilt, daß dieser Verein dem deutschen Reichswehrbundes nicht angehört hat.

Am... Nummer... Die p... Trotz der... kanischen... und der... sind, blei... England... wird. Die... nach Brasil... ein Döfliche... schafflichen... Staaten ein... heute domi... rita. Es hat... es beherrscht... trägt auch... Engliches... Die Amer... strengungen... und bedien... fanischen... des vortigen... schmiedelt... immer noch... staaten, von... so ernst gene... Prestige... nischen Dö... emanzipieren... haben entbeh... Doch man... hinter ihr... Panuropa... f... offieren. Die... wirtschaftliche... Gemeindefür... ihr als kont... und Ueberflü... in Sidame... wird kein... Die panam... aus, die Mo... amerikan... d. h. jede poli... abzuleiten... dahin erweiter... mifchung Eur... finanzieller... Tendenz richt... schaftliche Abh... die noch best... Nach versch... renzen wurde... Büro der int... Republik der... panameri... dieses Büros... der Finanzier... amerikaner... meist aus Nor... Aufstichtat... Vertreten de... wird. So erl... einen amtliche... werden nach... ten festgelegt... größten Anteil... gebenden Einfl... Die nordamer... Institut mit r... regie hat ihm... gefolgt. So da... Interellen von... Das Büro gib... of the Panam... englischer, Ipan... in französischer... despolitische... Kulturberichte... Gesellschaftsref... heit zur Anknü... nugen können... fernagen ab, w... eine Schriftentr... Hothei auf: die... den letzten W... fahrt und für d... worden ist. Die Haupta... bereitung der p... Diese befallen... die für die Ve... Verwaltung mi... lichung der Be... amerikanische... Angleichung des... Einrichtung des... einge von geme... einer freundscha...